

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 23 (1967)
Heft: 5

Artikel: Aufgeschlossene Glarner
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-845972>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

krafttreten der neuen Verfassungsbestimmung am 1. Januar 1968 durchzuführen, sofern die Stimmbürger die politischen Rechte der Frau anerkennen.

In der zweiten Lesung am 12. Dezember 1966 wurde eine neue Bestimmung in die Vorlage aufgenommen, wonach stimmberechtigte Frauen bis zum Erlass neuer Vorschriften des Wahl- und Gemeindegesetzes über die Stimmpflicht wohl berechtigt, nicht aber verpflichtet sein sollen, an den Gemeindeversammlungen teilzunehmen. Das bedeutet, dass die Frauen bei Fernbleiben von der Gemeindeversammlung die dafür angesetzte Busse von Fr. 1.— nicht bezahlen müssten. Die Vorlage wurde mit 50 gegen 22 Stimmen verabschiedet, um in dieser Form den Stimmbürgern unterbreitet zu werden.

Die Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Schaffhausen hat am 26. April 1967 mit 47 gegen 5 Stimmen für die Frauenstimmrechtsvorlage die Ja-Parole herausgegeben. Eine vorgängige Probeabstimmung unter den an der Parteiversammlung anwesenden Frauen ergab 41 gegen 1 Stimme für die Einführung des Frauenstimmrechts.

Aufgeschlossene Glarner

An der Landsgemeinde vom 7. Mai 1967 wurde über eine Aenderung der Kantonsverfassung befunden, wonach das aktive und passive Wahl- und Stimmrecht der Frauen in Kirchen-, Schul-, Fürsorge- und Waisenamtsfragen in allen Gemeinden eingeführt werden soll. Mit diesem mit 39 gegen 32 Stimmen zustande gekommenen Beschluss ging der Landrat über den Antrag des Regierungsrates hinaus, der die Einführung dieses partiellen Frauenstimmrechtes für die Gemeinden fakultativ erklären wollte. Nicht einverstanden war der Landrat auch mit einer Wartefrist von zehn Jahren für Frauen, die erst durch Verheiratung Schweizerbürgerinnen geworden sind. An der Landsgemeinde 1961 war ein ähnlicher Antrag noch mit grossem Mehr abgelehnt worden, sechs Jahre später zeigten sich die Glarner aufgeschlossener und stimmten dem partiellen Stimm- und Wahlrecht der Frau zu.

Schrittweises Vorgehen in Basel-Land

Am 3. April 1967 hat der Baselbieter Landrat einen neuen Verfassungsartikel gutgeheissen, welcher lautet:

„Schweizerbürgerinnen können auf dem Wege der Gesetzgebung als stimmberechtigt und als in Behörden und Beamtungen wählbar erklärt werden.“

Die Abstimmung über diese Verfassungsrevision ist auf den 4. Juni 1967 festgesetzt worden. Wird die Vorlage angenommen, so muss — da in Basel-Land das obligatorische Gesetzesreferendum besteht — mindestens noch einmal abgestimmt werden, um irgendwelche politischen Frauenrechte zu verwirklichen.